

Pressemitteilung

Monitoring zur Energiewende: 100% Erneuerbare senken Strompreise dauerhaft für alle

Berlin, der 15.09.2025. Anlässlich der Veröffentlichung des Monitoringberichts zur Energiewende im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums betont der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft die Notwendigkeit, den Ausbau der Erneuerbaren inklusive einer modernen, Netzinfrastruktur konsequent fortzuführen. Bereits heute tragen Erneuerbare Energien, auch unter Szenarien mit einer reduzierten Stromnachfrage, zur Strompreissenkung bei. So werden teure staatliche Subventionen verhindert, die Elektrifizierung in den Bereichen Verkehr und Gebäude entscheidend gefördert sowie Mittelstand und Stromkund:innen entlastet.

„Klimaneutralität bis 2045, 80% Erneuerbare bis 2030. Die Bundesregierung hat sich zur Klimaneutralität bekannt, den notwendigen Zwischenschritt bis 2030 hat Ministerin Reiche im Monitoring-Bericht zur Energiewende bestätigt. Die Ziele sind damit klar und das ist gut. Weniger gut und keineswegs klar ist, ob die Ministerin sie mit den heute vorgestellten Mitteln erreichen wird“ so Prof. Dr. Katharina Reuter, BNW-Geschäftsführerin. Der Monitoringbericht zur Energiewende prognostiziert, dass sich der Strombedarf bis 2030 zwischen 600 und 700 TWh einpendelt. Katherina Reiche geht davon aus, „[dass der Strombedarf eher am unteren Ende \[dieser Spanne\] liegt](#)“. „Bundeswirtschaftsministerin Reiche senkt damit die bisherige Prognose von 750 TWh bis 2030 um bis zu 150 TWh – was entsprechende Folgen für den Ausbau der Erneuerbaren und Netze haben dürfte. Schließlich ist das 80% Erneuerbare-Ziel bis 2030 so mit deutlich weniger Erneuerbaren Energien zu erreichen.“ so Reuter weiter.

Netzausbau weit hinter Soll

Bereits heute bieten Erneuerbare die günstigsten Gestehungskosten im Strommix. Aktuelle Preistreiber auf dem Strommarkt sind einerseits die fossilen Abhängigkeit von Kohle und Gas sowie der unzureichende Netzausbau, der teure Redispatchkosten erzeugt und verhindert, dass weitere Erneuerbare zugebaut werden können. Laut [Bundesrechnungshof](#) hinkte der Netzausbau 2023 um sieben Jahre bzw. 6000km fehlende Leitungen hinterher. „Wir sind weit von einem modernen, smarten oder überdimensionierten Stromnetz entfernt. Das Gegenteil ist der Fall. Jetzt den Ausbau auszubremsen, löst keine Probleme, sondern vergrößert sie. Wir müssen den Netzausbau konsequent vorantreiben und mehr Digitalisierung und Flexibilität ins Netz bringen“ so Reuter weiter. „Mit der netzdienlichen Nutzung von Speichern und dem verstärkten Rollout von Smart-Metern nennt der Monitoringbericht zwei Schlüsselmaßnahmen für mehr Flexibilität im Stromnetz. Dass Ministerin Reiche hier nur die Verteilnetzbetreiber in die Pflicht nimmt, greift zu kurz. Der Rollout muss durch entsprechende Anreiz- bzw. Sanktionsmechanismen gesteigert werden – wie auch das Monitoring zur Energiewende feststellt.“ Der Versorgungssicherheitsbericht 2025 zeigt, dass ein verschleppter Ausbau der Erneuerbaren den notwendigen Zubau steuerbarer Leistung und damit auch die Netzausbaukosten weiter steigen lässt. „Der aktuelle Anteil von 3% Smart-Meter im deutschen Netz ist nicht hinnehmbar. Ein modernes, leistungsfähiges und leistbares Stromnetz ist das Rückgrat der Wirtschaft und erfordert, dass alle Parteien an einem gemeinsamen Strang ziehen, anstatt Verantwortung auszulagern“ so Reuter.

Technologieoffenheit für alle Sektoren – nicht nur Gas

Neben dem Ausbau der Erneuerbaren und der Netze kann auch die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen entscheidend dazu beitragen, den Strompreis zu stabilisieren. „Bei der

Energieeffizienz bietet sich erhebliches, finanzielles Einsparungspotenzial – das sich in den abgeleiteten Maßnahmen der Bundeswirtschaftsministerin nicht widerschlägt. Effizienzmaßnahmen senken die Belastung der Wirtschaft durch die Strompreise unmittelbar und langfristig.“ Die bestehende Leistung an Erneuerbaren möglichst effizient zu nutzen, reduziert den Bedarf des gesamten Netzausbaus sowie der verfügbaren Reserveleistung. „Hier bekennt sich Katherina Reiche erstmals zur Ausschreibung wasserstofffähiger Gaskraftwerke, verpasst aber klar zu sagen, welche Bedingungen damit einhergehen müssen - die Umstellung auf 100% Wasserstoff sowie der Abschied von CCU/CCS für Gaskraftwerke. Und sie verpasst zu sagen, was aus dem Monitoring hervorgeht – Gaskraftwerke sind nur einer der möglichen Schlüssel für mehr Stabilität im Netz. Speicher und Smart-Meter gehören genauso auf die Agenda“ so Reuter weiter.

Pressekontakt:

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Joscha Frost

Pressereferent

presse@bnw-bundesverband.de

Tel.: +49 1525 673 54 66

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) bringt die Stimme der progressiven Unternehmen direkt ins politische Berlin. Seit der Gründung 1992 setzt sich der BNW e.V. als unabhängiger Unternehmensverband für Umwelt-, Klimaschutz und soziale Nachhaltigkeitsaspekte ein. Mit seinen 700 Mitgliedsunternehmen steht der Verband für mehr als 200.000 Arbeitsplätze; Großunternehmen sowie Mittelstand sind in dem branchenübergreifenden Netzwerk genauso vertreten wie Cleantech-Startups und Social-Entrepreneurs.

<https://www.bnw-bundesverband.de/>